

Smart gegen die Krise(n)

Corona, Krieg und Rekord-Inflation belasten den Standort massiv.
Welche wirtschaftspolitische Strategie nötig ist, um gegenzusteuern.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



STANDORT

„Tag der Steuerleistung“ zeigt,
warum Entlastung nötig ist

Seite 4



FACHKRÄFTE

Welche Verbesserungen bei der
RWR-Karte geplant sind

Seite 5



WIEN

Nur Gewinner beim
Fremdsprachen-Wettbewerb

Seite 10

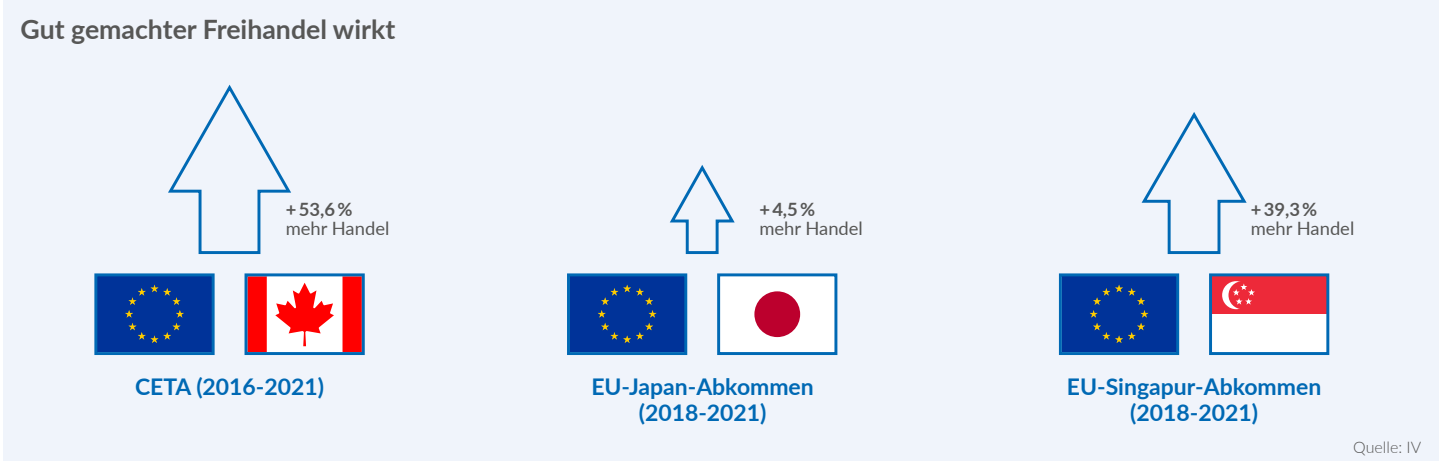
Totgesagte leben länger oder: Wie geht es weiter mit der Globalisierung?

Der Welthandel steht so stark wie schon lange nicht mehr auf dem Prüfstand. Dabei wären Handelserleichterungen die Lösung für zentrale ökonomische Herausforderungen.

In den vergangenen Jahren gab es auf ihn bereits zahlreiche Nachrufe. Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, verhängte Strafzölle zwischen USA, China und EU, der Ausbruch der Corona-Pandemie oder die russische Invasion der Ukraine haben dem Welthandel massiv zugesetzt. Für manche Wirtschaftsforscher ist die Globalisierung durch die Pandemie ins Stolpern geraten, andere prognostizieren nun ihr Ende nach 30 glorreichen Jahren. Erleben wir den Start einer Ära des Protektionismus?

Zukunft liegt in internationaler Zusammenarbeit

Für die Experten der Industriellenvereinigung kann von einer beginnenden De-Globalisierung keine Rede sein. „Anfang des Jahres lag der Welthandel wieder auf Prä-Covid-Niveau. Auch wenn der Krieg in der Ukraine die Abhängigkeit Europas von Russlands Energie und Rohstoffen zeigt und ein Schock in jeder Hinsicht ist, müssen schlussendlich Energie und Rohstoffe vor allem international substituiert werden. Klar ist zudem, dass viele Länder, allen voran China und Indien, die Chancen globaler Märkte weiter nutzen werden. Trotz aller Herausforderungen wird daher die Zukunft der österreichischen Industrie in internationaler Zusammenarbeit liegen“, erklärt Michael Löwy, der in der IV den Bereich Internationale Beziehungen und Märkte leitet. Gerade für eine Exportnation wie Österreich gibt es keine



Faire Handelsabkommen sind der Schlüssel für mehr nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze – wie die zuletzt abgeschlossenen EU-Verträge belegen.

Alternative zum Welthandel. 56 Prozent unseres Wohlstands erwirtschaften wir mit Ausfuhren, jeder zweite Arbeitsplatz hängt am Export.

Dass die Menschen vom wirtschaftlichen Zusammenwachsen der Welt profitieren, belegen Berechnungen der Vereinten Nationen. So hat die Globalisierung eine Intensivierung und Liberalisierung der weltweiten Handelsströme bewirkt, was zu einer massiven Reduktion der weltweiten Armut geführt hat. Schätzungen belegen, dass der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, zwischen 1990 und 2015 weltweit von 36 auf 12 Prozent gesunken ist. Fairer internationaler Handel erhöht zudem die Produktauswahl und

senkt Preise, wodurch die Kaufkraft der Konsumenten gestärkt wird.

Bereits eine weitere moderate Liberalisierung des Außenhandels könnte gegen die steigende Inflation wirken und private Haushalte entlasten. Zu diesem Schluss kommt eine jüngst im deutschen WirtschaftsMagazin „WirtschaftsWoche“ vorgestellte Studie der US-Denkfabrik Peterson Institute of International Politics. Demnach würde der preisdämpfende Effekt des Freihandels oftmals unterschätzt. Auch in Europa schieben Zölle und andere Handelshemmnisse die Verbraucherpreise an.

Statt den Inflationstreiber Protektionismus zu fördern, plädiert die IV dafür,

europäischen Unternehmen den Zugang zu internationalen Märkten zu erleichtern und Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen, an die sich alle halten. Löwy: „Gut gemachte Handelsabkommen, die Märkte öffnen und Handelshemmnisse abbauen, gewinnen gerade in Zeiten der Krise an Bedeutung für nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze. Ein Transatlantikabkommen mit den USA oder die Umsetzung des bereits verhandelten EU-Mercosur-Vertrages wären ebenso wichtig wie eine Modernisierung der Welthandelsorganisation WTO als Hüterin verbindlicher Regeln bei ihrer kommenden Juni-Konferenz, damit die Vorteile der Globalisierung und des Welthandels verfestigt und ausgebaut werden.“

GASTKOMMENTAR

Und die Moral bleibt dem Steuerzahler?

Für Unternehmer gehört Compliance zur Imagepflege. Die Politik soll der Leuchtturm der Rechtsstaatlichkeit sein, droht aber im Sumpf von Korruptionsaffären unterzugehen. Sie braucht neue Regeln.

Wenn es in der österreichischen Politik der jüngeren Vergangenheit eine Kontinuität gibt, dann die: Seit dem Aufschlagen der Ibiza-Affäre vor drei Jahren verging kaum ein Monat, in dem nicht neue Korruptionsvorwürfe aufgetaucht wären. Angesichts eines brutalen Ukraine-Kriegs, einer Energiekrise samt Teuerungswelle, des Klimawandels und einer chronischen Pandemie ist man versucht, diese Chat-Affären als Teil eines kleinlichen Parteien-Hickhacks abzutun. Was ein großer Fehler wäre. Für die Bewältigung der Herkulesaufgaben braucht es integre Entscheidungsträger aus glaubwürdigen Parteien. Die Grundlagen dafür sind ernsthaft bedroht.

Dabei gibt es kaum eine Gesellschaft, die sich ihre demokratischen Strukturen mehr kosten lässt, als jene in Österreich. Quer übers Land werden heuer 224 Millionen Euro an Steuergeld auf die in Parlamenten vertretenen Parteien aufgeteilt. Das meiste davon übrigens in den Bundesländern (157 Millionen). Mit 35 Euro pro Wahlberechtigtem liegen wir europaweit an der Spitze.

Der Löwenanteil davon entfällt mit 78 Millionen Euro auf die ÖVP. Gleichzeitig hängt ausgerechnet der Kanzlerpartei ein eigener Untersuchungsausschuss wie ein Klotz am

Bein. Dort und von Staatsanwälten werden teils hochnotpeinliche Mausechelen über Umfragen im Sinne von Ex-Kanzler Sebastian Kurz, deren Kosten mutmaßlich dem Steuerzahler untergejubelt worden sein sollen, ausgebreitet. Nicht zu reden von schnödem Postenschacher oder von kleinen Gefallen für große Gönner, für die ebenfalls die Unschuldsvermutung strapaziert werden muss. Zuletzt hat just im auf seine alemannischen Tugenden so stolzen Vorarlberg die Inseratenpraxis im Wirtschaftsbund den Landeshauptmann ins Wanken gebracht.

„Die Politik soll der Leuchtturm für Rechtsstaatlichkeit sein. Wer das ignoriert, gefährdet den Wirtschaftsstandort.“

Um dem Vorwurf der einseitigen Betrachtung vorzubeugen: Niemand mit politischem Gedächtnis wird der Opposition auf

den Leim gehen, die der ÖVP das Monopol auf Korruptionsanfälligkeit umhängen will. Was die Betroffenen nicht vom Vorwurf der mangelnden Selbstreflexion befreit. In der Koalition eine Gesetzesänderung anzustoßen, die anno 2022 dem Rechnungshof unter gewissen Umständen den Einblick in Parteibilanzen erlaubt, ist zwar ein Fortschritt. Es mag aber auch Unternehmer, die jederzeit mit einer Betriebsprüfung rechnen müssen, daran erinnern, wie privilegiert die Welt jener, die für sie die Regeln bestimmen, bis heute ist.

Fatal ist, wenn die hohe Subvention von Österreichs Parteien seitens Funktionären mit dem Anspruch auf Gewinnmaximierung als Sockelfinanzierung missverstanden wird. Es geht um Immunisierung gegen verdeckte Einflussnahme, um weitgehende Unabhängigkeit und letztlich um die Wahrung des Leistungsprinzips. Die Politik soll der Leuchtturm für Rechtsstaatlichkeit sein. Wer das ignoriert, gefährdet den Wirtschaftsstandort. Das meint auch Transparency International, in deren Korruptionsindex Österreich heuer auf Platz 13 weit hinter den skandinavischen Ländern und auch hinter den Nachbarn Schweiz und Deutschland liegt. Ein weiterer Absturz angesichts der gehäuften Verfehlungen der

Politik wurde nur gebremst, weil die Korruption im Alltag deutlich zurückgegangen ist. Damit ist der Punkt erreicht, an dem die Parteien zur Absicherung der eigenen Existenz weiter gehen müssen als Spendenregeln nachzujustieren und sich unter Umständen in eine Bilanz schauen zu lassen. Die Politik muss sich einen Compliance-Katalog für regelkonformes Handeln geben – verbunden mit Sanktionen, an deren Strenge die Glaubwürdigkeit zu messen ist. Aus aktuellem Anlass ist es an der Kanzlerpartei, den Anstoß dafür zu geben.



Lucian Mayringer beschreibt und kommentiert für die OÖNachrichten von Wien aus die österreichische Innenpolitik.

Fotos: Österreichische Nachrichten / Voller Weltbild

Was jetzt entscheidet

Die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen brauchen smarte und vernünftige Antworten durch die Politik.

Das aktuelle IV-Konjunkturbarometer spricht eine klare Sprache: Der Mittelwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten halbiert sich vor dem Hintergrund der erheblich verdünnerten Konjunkturaussichten von 40,1 auf 19,4 Punkte. Nur noch jedes neunte Industrieunternehmen erwartet im kommenden Halbjahr einen günstigen Geschäftsverlauf, jedes Dritte hingegen eine zum Teil erhebliche Verschlechterung.

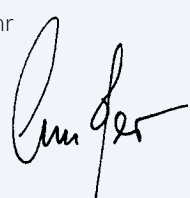
Konjunkturrell liegt somit ein schwieriges Jahr vor der österreichischen Produktionswirtschaft. Darauf muss – neben vielen anderen Maßnahmen – vor allem mit zwei strategischen Ansätzen reagiert werden:

- Statt neue – oft krude – Belastungsideen („Abschöpfungssteuer“ etc.) zu entwickeln, brauchen wir effektive Entlastung. Das Aus für die kalte Progression wäre dafür ebenso sinnvoll wie die weitere Senkung der Lohnnebenkosten. Das wären auch richtige und wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Teuerung.
- Die Industrie hat bisher die Sanktionen gegen Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine voll mitgetragen. Klar muss aber auch sein: Wenn wir uns mit Maßnahmen – etwa ein Gas-Embargo – selbst massiven Schaden zufügen, können wir der Ukraine nicht helfen. Wir müssen

unsere Energieversorgungssicherheit weiterhin aufrecht halten. Dazu gibt es keine Alternative.

Nachdem ein wirtschaftliches Szenario der Stagnation nicht auszuschließen ist, brauchen wir insgesamt einen smarten wirtschaftspolitischen Kurs, um eine Rezession zu verhindern. Dieser Kurs verzichtet auf willkürliche Eingriffe in die Marktwirtschaft. Die Ankündigung, Gewinne der Energieunternehmen abzuschöpfen, hat dem österreichischen Kapitalmarkt geschadet, öffentliches Eigentum vernichtet und gefährdet den raschen Ausbau der Erneuerbaren Energien und hemmt damit das Sinken der Strompreise.

Umso mehr gilt es bei sensiblen wirtschaftspolitischen Entscheidungen, kühlen Kopf zu bewahren, mit Augenmaß vorzugehen und die umfassende Expertise aus der Industrie und Wirtschaft als Grundlage heranzuziehen. Genau das macht in fordernden Zeiten den entscheidenden Unterschied.

Ihr


Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„Wir müssen für die Energiewende Leute ins Boot holen, die verstehen, was es auslöst, wenn man in ein bestehendes System eingreift. Damit Energie auch morgen und übermorgen noch sicher ist.“

Gerhard Christiner,
Technischer Vorstand
Austrian Power Grid AG



„Das wäre der Todesstoß für die österreichische Wirtschaft. 80 Prozent unserer Erdgas-Importe kommen aus Russland. Fallen sie aus, gäbe es kein Papier, kein Glas, keinen Karton, keinen Stahl, aber auch keinen Zucker, keine Margarine oder andere Lebensmittel aus energieintensiver Produktion mehr.“

Georg Feith,
Geschäftsführer der
Stoelzle Oberglass GmbH



„Was ich mir von der Politik erwarte, ist eine Rückkehr zu einer Rechtssicherheit und zu einer Berechenbarkeit in Österreich. Auch das Eindämmen der überbordenden Bürokratie finde ich auf der politischen Agenda nicht.“

Georg Pölzl,
CEO Österreichische Post AG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 9. Mai war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine finden Sie unter: www.iv.at

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS



GRAFIK DES MONATS

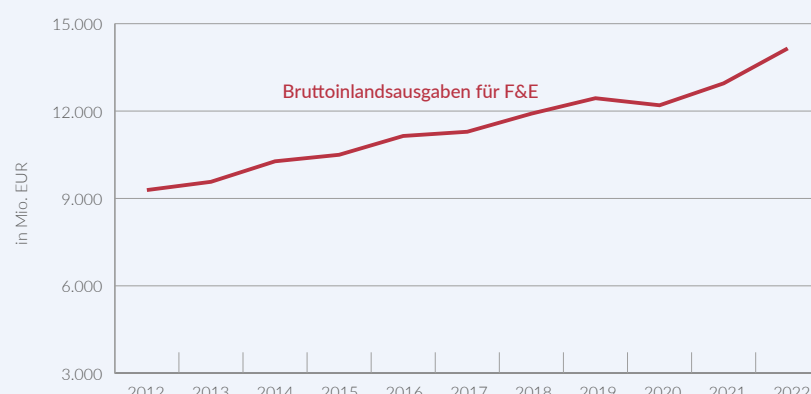
Forschungsturbo Industrie

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Österreich werden 2022 voraussichtlich 14,1 Mrd. Euro betragen – um 9,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Die F&E-Aufwendungen werden damit 3,26 Prozent des nominellen BIP erreichen (2021: 3,21 Prozent), geht aus Daten der Statistik Austria hervor.

Mehr als die Hälfte (51 Prozent) der F&E-Ausgaben kommen 2022 von heimischen

Betrieben, die voraussichtlich 7,16 Mrd. Euro für Forschung aufwenden. Aus dem Ausland kommen 2,2 Mrd. Euro bzw. 16 Prozent der gesamten F&E-Aufwendungen in Österreich (plus 4,9 Prozent gegenüber 2021). Dieser Anteil stammt hauptsächlich von Firmen, deren Töchter in Österreich Forschung betreiben. Unternehmen tragen somit mehr als zwei Drittel der F&E-Aufwendungen in Österreich.

Investitionen in F&E kräftig gestiegen



Quelle: Statistik Austria

ZAHL DES MONATS

29.679

Die Zahl der Lehranfänger hat nach Corona wieder zugenommen. Ende März ging die Zahl der Beschäftigten im ersten Lehrjahr um 7,8 Prozent auf 29.679 kräftig nach oben. Insgesamt blieb die Zahl der Lehrlinge in Österreich mit 94.357 (Vorjahresstichtag: 94.219) stabil. Indes hat sich die Lehrstellenlücke in den vergangenen zwölf Monaten ausgeweitet. Der sogenannte rechnerische Lehrstellenüberhang hat gegenüber März 2021 um 56 Prozent auf 15.185 zugenommen. In allen Bundesländern – außer Wien – gab es im April einen Überschuss an offenen Stellen gegenüber der Zahl an Bewerbern. Auch in der Industrie ging die Zahl der Lehrlinge der Industrie im ersten



Lehrjahr um 2,7 Prozent auf 4.032 nach oben. Der produzierende Bereich ist drittgrößter Lehrlingsausbilder im Land.

Warum die Industrie den „Tag der Steuerleistung“ ausgerufen hat



Aktuelle IV-Berechnung zeigen, wie stark umverteilend das heimische Steuersystem wirkt. Statt alter und neuer Belastungsideen plädiert die IV für eine Entlastung des Faktors Arbeit.

Obwohl in Österreich zuletzt mehr als ein Drittel der Wirtschaftsleistung oder rund 130 Milliarden Euro in den Sozialbereich flossen, ertönt regelmäßig der Ruf nach noch mehr Umverteilung und zusätzlichen Abgaben. Auch soll das Steuersystem ungerecht sein, heißt es. Doch stimmt das überhaupt?

IV-Experten haben die aktuelle Steuerstatistik unter die Lupe genommen. Dabei wird schnell ersichtlich, wie stark in Österreich tatsächlich umverteilt wird: Bei der Einkommensteuer trägt das einkommensstärkste Fünftel mehr als drei Viertel des Steueraufkommens und leistet damit einen überproportionalen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls.

Bewusstsein für Leistung

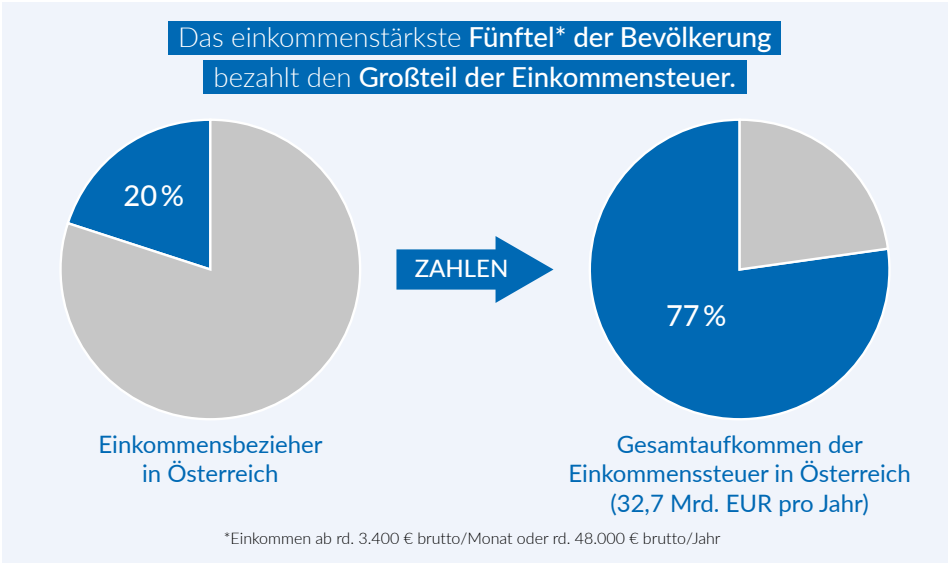
Um diese Leistungen zu würdigen, hat die IV am 6. April den „Tag der Steuerleistung“ ausgerufen. Bis zu diesem Tag haben die einkommensstärkeren 20 Prozent von Jahresbeginn weg genauso viel Einkommensteuer bezahlt wie der Durchschnitt im gesamten Jahr. „Wir möchten Bewusstsein dafür schaffen, dass eine relativ kleine Gruppe von Menschen den Großteil der Steuerlast schultert“, erklärt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer, der auf eine weitere IV-Berechnung verweist.

Ohne dem einkommensstärksten Fünftel der Bevölkerung würden dem Staat bereits ab April de facto die Einnahmen aus der Einkommensteuer ausgehen. Dabei geht es um Menschen mit einem Bruttomonatsgehalt von mehr als 3.400 Euro. Die Rede ist also etwa von einer Fachkraft in der Industrie, einem AHS-Lehrer oder einer Allgemeinmedizinerin. Zudem belegt die Statistik eindrucksvoll, wie stark umverteilend das Steuersystem in Österreich funktioniert: Betrachtet man die Einkommen inklusive Transferzahlungen des Staates, beziehen die „unteren“ 55 Prozent der Steuerzahler rund viermal so viel aus dem Steuertopf wie sie einzahlen.

Sorgsamer Umgang mit Steuergeldern

Für die Industrie geht es mit dem „Tag der Steuerleistung“ keinesfalls darum, verschiedene Einkommensgruppen gegeneinander auszuspielen. „Vielmehr muss uns allen die Realität unseres progressiven Einkommenssteuersystems bewusst sein“, so Neumayer. Daher seien ständig wiederkehrende Neiddebatten oder der Ruf nach weiterer Umverteilung „eine klare Themenverfehlung“.

Wichtiger wäre eine sachliche Diskussion darüber, wie der Staat seine immensen Steuereinnahmen möglichst treffsicher und wirkungsorientiert einsetzen kann. Der IV-Generalsekretär bringt die Position der



Eine relativ kleine Gruppe von Menschen schultert den Großteil der Steuerlast und trägt entscheidend zur Finanzierung des Staates bei.

Industrie auf den Punkt: „Gerade in der aktuellen Situation sollten Mittel – die durch Menschen und Unternehmen hart erwirtschaftet werden – nicht mit der Gießkanne verteilt werden.“ Statt über neue Belastungen für das Höchststeuerland Österreich zu sinnieren, braucht es eine Entlastung des Faktors Arbeit. Nur so kann Beschäftigung weiter aufgebaut werden, damit die Einkommensteuerlast nicht nur auf den Schultern einiger weniger ruht.

FACTBOX

Unternehmen leisten einen gewaltigen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls: 62,57 Milliarden Euro an Abgaben haben Arbeitgeber des privaten und öffentlichen Sektors vor der Corona-Krise 2019 geleistet. Das entspricht 36,9 Prozent des Gesamtabgabenaufkommens.

Gas-Lieferstopp wäre Katastrophe für Österreich

Die Industrie hat intensiv auf die verheerenden Folgen hingewiesen. Wie das Worst-Case-Szenario aussehen könnte, haben die iv-positionen bei den IV-Energieexperten nachgefragt.

Was passiert, wenn kein russisches Gas mehr fließt?

Das Damoklesschwert des Gasembargos schwebt seit Beginn des Überfalls Russlands auf die Ukraine über uns. Die Eskalationsspirale dreht sich wöchentlich weiter. Sollten die schlimmsten Befürchtungen eintreten und es zu einem Gaslieferstopp kommen, verschärft das die bereits volatile Lage enorm.

Was passiert, wenn der Gashahn zuge dreht wird?

Nun kommt es darauf an, ob die Gaslieferungen gedrosselt oder gar vollständig gestoppt werden. Im Worst-Case-Szenario werden die Lieferungen vollständig gestoppt, somit tritt der Energielenkungsfall ein – also eine unmittelbar drohende oder bereits eingetretene

Störung der Erdgasversorgung. Dann muss die Energieministerin tätig werden, denn sie regelt mittels Verordnung, wie das Gas an wen verteilt wird. Über geplante Lenkungsmaßnahmen hat sie den Energielenkungsbeirat zu informieren sowie den Hauptausschuss des Nationalrats damit zu befassen. Beides kann bei Gefahr im Verzug unterbleiben bzw. nachträglich erfolgen. Der E-Control kommt wiederum in der Datenerhebung und in der Vorbereitung von möglichen Maßnahmen eine wesentliche Rolle zu.

Wie wird im Energielenkungsfall priorisiert?

Klar ist: Haushalte (=geschützte Kunden) und kritische Infrastruktur haben Vorrang. Das bedeutet, dass Privathaushalte,

Krankenhäuser und Stromversorgung im Rahmen des Energielenkungsfalles zuerst versorgt werden müssen. Priorisiert wird nach dem Grad der Dringlichkeit, der Substituierbarkeit und den volkswirtschaftlichen Auswirkungen. Verfassungsrechtlich gilt bei Eingriffen in Grundrechte das Verhältnismäßigkeitsprinzip, gelindere Mittel müssen ausgeschöpft werden. Abgesehen davon hat die Energieministerin einen weiten Spielraum.

Was passiert danach?

Neben Aufrufen an die Bevölkerung, Energie zu sparen, würden vermutlich nach wenigen Wochen bereits erste Abschaltungen in Teilen der Industrie erfolgen müssen. Kurzarbeit und eine höhere Arbeitslosigkeit wären die Folge. Es käme zu zahlreichen Engpässen in

Lieferketten mit zum Teil höchst systemrelevanten Gütern.

Die IV setzt sich auf nationaler wie europäischer Ebene dafür ein, ein Gas-Embargo zu verhindern und hat bereits mehrmals auf die dramatischen Folgen für die heimischen Industriebetriebe aufmerksam gemacht. Das wird sie auch weiterhin mit volstem Einsatz tun.

WEBTIPP

Die Standpunkte und Informationen der IV zu aktuellen Entwicklungen rund um die russische Invasion in der Ukraine finden Sie unter: www.iv.at

Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte: Erleichterungen für Fachkräfte-Zuzug geplant

Der Begutachtungsentwurf berücksichtigt zentrale Empfehlungen der Industrie wie die Beschleunigung des Verfahrens und die Flexibilisierung beim Nachweis der Berufserfahrung. Wichtig ist nun die rasche Umsetzung.

Der Krieg in der Ukraine sowie die Inflations- und Energiepreiskrise haben aktuelle Konjunkturprognosen nach unten einbrechen lassen. Dennoch bleibt die Nachfrage nach Fachkräften in Österreich – insbesondere in industriestarken Regionen – ungebrochen hoch: Im April waren beim AMS fast 129.000 offene Stellen gemeldet, davon mehr als 46.000 im produzierenden Sektor. Die AMS-Jobplattform „alle jobs“ weist sogar über 250.000 Jobangebote aus.

Für die Industrie ist klar: Einerseits gilt es, sämtliche Potenziale im Inland zu heben, etwa durch gezielte Aus- und Weiterbildung, Anreize, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu fördern, sowie die Ausweitung der Kinderbetreuungsangebote. Andererseits bleibt es ein Gebot der Stunde, internationale Fachkräfte

für Österreich zu gewinnen. Der Blick auf die demografische Entwicklung verdeutlicht das: Die Statistik Austria prognostiziert einen Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter zwischen 15 und 65 Jahren in den nächsten 30 Jahren um 4,8 Prozent.

Ein wichtiges Instrument ist die Rot-Weiß-Rot-Karte (RWR-Karte), die seit 2011 Fachkräften aus sogenannten Drittstaaten, etwa Länder außerhalb der EU, den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht. Allerdings kritisierten Unternehmen in der Vergangenheit bürokratische Hürden und unpraktikable Regeln, weshalb sich die IV intensiv für dafür eingesetzt hat, die RWR-Karte weiterzuentwickeln und attraktiver zu gestalten. Das Ziel: die Erleichterung der Anwerbung qualifizierter Fach- und Schlüsselkräfte aus

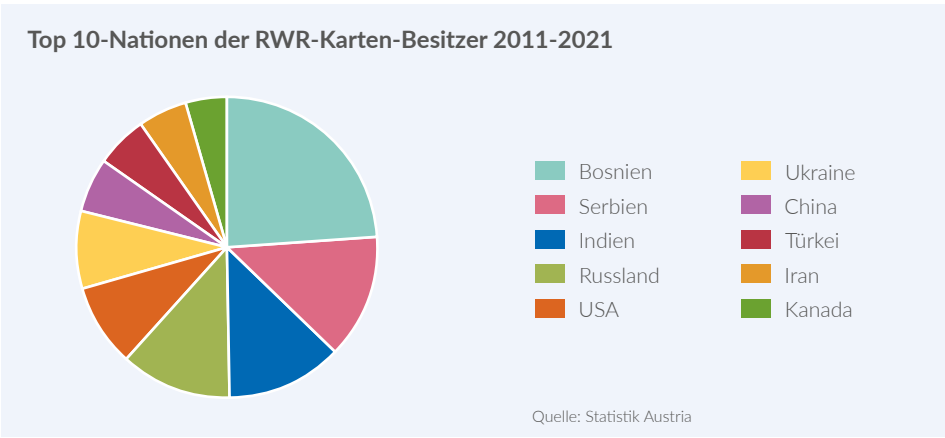
Drittstaaten. Vergangenes Jahr wurden etwa mehr als 3.500 RWR-Karten ausgestellt.

Schnellere und einfachere Verfahren

Geht es nach den Plänen der Regierung, sollen Fachkräfte aus Drittstaaten in Österreich künftig einen deutlich einfacheren Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. Ende April wurde ein entsprechender Gesetzestext zur Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte in Begutachtung geschickt. Darin finden sich zentrale Empfehlungen der Industrie, die sich dafür eingesetzt hat, dass Verfahren vereinfacht und schneller als bisher abgewickelt werden. Verbesserungen soll es etwa beim Punktesystem geben. Um die Rot-Weiß-Rot-Karte zu erhalten, müssen Antragsteller unterschiedlicher Berufs- und Qualifikationsgruppen derzeit laut einer Liste von Voraussetzungen

eine bestimmte Punktezahl erreichen. In Zukunft werden bei Mangelberufen Lehrschlüsse mit Universitätsabschlüssen punktemäßig gleichgestellt. Es gibt gleiche Punkte für Englisch- wie für Deutschkenntnisse, wenn die Unternehmenssprache Englisch ist. Zudem wird die Berufserfahrung stärker angerechnet. Für Familienangehörige soll es künftig gemeinsame Verfahren geben.

Aus Sicht der IV ist der Gesetzesentwurf ein längst überfälliger Schritt in die richtige Richtung, um den Fachkräftemangel zu lindern, und stellt eine Chance für den Standort Österreich dar. Nun geht es darum, dass die neue RWR-Karte möglichst rasch in Kraft treten kann. Arbeitsminister Martin Kocher sprach bei der Präsentation vom 1. Jänner 2023 oder „vielleicht sogar im Herbst“.



EINIGE GEPLANTE VERBESSERUNGEN AUF EINEN BLICK

- Die Gehaltsgrenzen bei sonstigen Schlüsselkräften (einheitlich 50 Prozent der ASVG-Höchstbeitragsgrundlage) und bei Studienabsolventen (gänzlicher Entfall) werden überarbeitet.
- Der Antrag auf Rot-Weiß-Rot-Karte kann vom künftigen Arbeitgeber im Inland gemeinsam für die Fachkraft aus dem Ausland und deren Familie gestellt werden.
- Das Ersatzkraftverfahren bzw. die Arbeitsmarktpflicht soll zügig und bedarfsgerecht durchgeführt werden.
- Englischkenntnisse werden aufgewertet, wenn die Unternehmenssprache Englisch ist.
- Punktevergabe für Berufserfahrung erfolgt künftig pro Halbjahr (anstatt wie bisher pro Jahr).

Wie die UPV-Novelle zur Chance für die Umwelt werden muss

Die Industrie ist für die Energiewende startklar, doch nach wie vor blockieren Endlosverfahren den Erneuerbaren-Ausbau.

Während es bei Beschlüssen für neue Klimaschutz- oder Energieziele in der Regel nicht schnell genug gehen kann, ist die Eile beim dafür notwendigen Ausbau erneuerbarer Energien oder Infrastruktur leider deutlich geringer. Das liegt keinesfalls an Industrie oder Energieerzeugern. Oft bremsen nicht enden wollende Genehmigungsverfahren wichtige Projekte. So wartete das Speicherkraftwerk Kühtal elf Jahre auf den Startschuss. Aus der Liste an Negativbeispielen sticht auch die Salzburgleitung hervor, bei der die Instanzenzüge mehr als acht Jahre dauerten.

Abhilfe schaffen soll die Novelle der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), die Klimaministerin Eleonore Gewessler bis zum Sommer präsentieren möchte. Industrie, Wirtschaft und Energiewirtschaft haben bereits zu Jahresbeginn konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt, wie die Verfahren „klimafit“ gemacht werden könnten. Dabei geht es darum, Verfahren effektiv zu straffen und effizienter zu gestalten – und nicht darum, das Umweltschutzniveau abzusenken.

Fehlender Reformwille

Doch die Verhandlungen erweisen sich bisher als zäh: Die im Frühjahr präsentierten Ergebnisse einer Arbeitsgruppe im Klimaministerium ließen echten Reformwillen vermissen. Auch die im April diskutierten Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus,

um einen Genehmigungsturbo zu zünden. Zwar herrscht Einigkeit darüber, die Verfahren künftig besser zu strukturieren, auch sollen technische Erleichterungen zugelassen werden, etwa durch Online- oder Hybrid-Verhandlungen. Doch nach wie vor gibt es auch Vorschläge, die als Bremsklotz wirken würden. So fehlen weiterhin Präzisierungen bei den Einspruchsmöglichkeiten für NGOs oder Bürgerinitiativen. Beispielsweise hat sich die Industrie dafür ausgesprochen, dass NGOs nicht nur auf ihren örtlichen Geltungsbereich, sondern auch auf ihren sachlichen Wirkungsbereich eingeschränkt werden sollten. Konkret: Eine Radlobby sollte nur jene Projekte beanstanden dürfen, die tatsächlich in Verbindung mit dem Fahrradfahren stehen.

Wie geht es weiter? Anfang Mai war unklar, wann ein Begutachtungsentwurf für eine „UVP neu“ vorgelegt wird. Dabei drängt die Zeit: Bis 2030 soll Strom in Österreich rein rechnerisch zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien hergestellt werden. Um das zu erreichen, müsste die Produktion von erneuerbarem Strom von derzeit rund 55 TWh um rund 50 Prozent gesteigert werden. Ebenso gibt es mit dem bestehenden Standortentwicklungsgesetz bereits seit 2019 ein Instrument, um Infrastrukturprojekte in besonderem öffentlichem Interesse voranzutreiben. Je schneller der Ausbau voran geht, desto rascher ist die Energiewende, aber auch ein Ausstieg aus Öl und Gas aus Russland möglich.

IV-AKTION

Wer das Klima schützen will, muss beim Erneuerbaren-Ausbau in die Gänge kommen

Wer A sagt, muss auch B sagen: Für die erfolgreiche Klimawende braucht Österreich jetzt einen raschen Ausbau von Wasser- und Windkraftwerken über Photovoltaikanlagen bis Stromleitungen. Denn Ökostrom wächst nicht auf Bäumen, sondern muss hergestellt werden. Ohne die notwendige Energieinfrastruktur bleiben die grundsätzlich richtigen Klimaschutzziele politisches Wunschdenken. Mit dieser klaren Botschaft wendete sich die Industriellenvereinigung vor dem Zusammentreffen des Klimarates von Bundesministerin Leonore Gewessler im April in Salzburg an die heimische Politik. Untermauert wurde dies durch eine Verteilaktion: Umweltbewusste Fahrradfahrer erhielten einen Regenüberzug aus recycelten PET-Material für ihre Sattel mit der Aufschrift „Wer das Klima schützen will, muss beim Erneuerbaren-Ausbau in die Gänge kommen.“



Krise(n) richtig bekämpfen

Corona-Krise, Ukraine-Krieg, Lieferkettenprobleme, Inflations-Welle: Drei Groß-Krisen bedrohen Wohlstand und Zukunft. Die Industriellenvereinigung sagt, welcher wirtschaftspolitische Kurs jetzt notwendig ist, um gegenzusteuern.

Nach der Corona-Krise und der russischen Invasion in der Ukraine hat uns nun die nächste Krise getroffen: Die höchste Inflation seit 40 Jahren ist eine massive Herausforderung für Unternehmen. „Wir gehen aber nicht von einer Rezession aus, sondern von einer stagnativen Entwicklung in der Industrie. Das heißt, der industrie- und investitionsgetragene Aufschwung geht zu Ende“, sagt IV-Präsident Georg Knill. Die heimische Industrie kann somit heuer nicht mehr jener Konjunkturmotor sein, wie sie es in Österreich vor allem auch in der Corona-Krise war. Im April hatte die IV für heuer für die Gesamtwirtschaft mit 3,25 Prozent ein geringeres Wachstum als andere Wirtschaftsforschungsinstitute und die Notenbank erwartet. Aber: Weitere EU-Sanktionen – Stichwort Öl- oder gar Gas-Embargo – würden die Prognose deutlich verdüstern. Das von der EU-Kommission Anfang Mai angestrebte Öl-Embargo würde einen weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,25 Prozentpunkte verursachen und die Inflation weiter anheizen. Der Grund, warum die IV-Ökonomen schon bisher vorsichtiger prognostizierten: Die angespannte Situation bei den Lieferketten wird in der IV-Berechnung stärker gewichtet, und das sogenannte Recycling der Petro-Dollars und Gas-Euros funktioniert nur eingeschränkt, denn höhere Energieeinnahmen Russlands gehen nicht mehr mit höheren Lieferungen von Investitionsgütern dorthin einher. Knill: „Damit wir das prognostizierte Wachstum erreichen können, darf sich die Ukraine-Krise nicht verschlimmern und schon gar kein Embargo auf russisches Gas kommen.“ (siehe Interview auf Seite 7)

Nachfrage nach Fachkräften bleibt hoch

Die Industrie selbst wird nur mehr wenig zum prognostizierten Wachstum beitragen können, unterstreicht IV-Generalsekretär Christoph Neumayer mit Blick auf die Probleme bei Lieferketten, Rohstoffmangel, zu hohe Energiepreise und Teuerung. Die Inflation wird auch nächstes Jahr deutlich höher ausfallen als prognostiziert, so die IV-Experten. Allerdings: In Sachen Beschäftigung bleibt die Industrie ein verlässlicher Standortpartner. Knapp jedes dritte Unternehmen

strebt laut aktuellem IV-Konjunkturbarometer die Anstellung neuer Mitarbeiter an, während nur jedes zwölfte Unternehmen den Beschäftigtenstand nicht mehr zu halten vermag (siehe Kasten).

Richtig gegensteuern

Nichtsdestotrotz liegt konjunkturell ein sehr schwieriges Jahr vor der österreichischen Industrie. Die Preisentwicklung bei der Energie sowie bei Rohstoffen belastet die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen massiv. „Wir müssen dringend gegensteuern und den Unternehmen Luft zum Atmen verschaffen. Das in Europa bestens bewährte und punktgenaue Instrument der Strompreiskompensation muss nun rasch umgesetzt werden“, fordert IV-Präsident Knill kurzfristig treffsichere Maßnahmen. Und zwar ohne politische Tauschgeschäfte, die für die Industrie neue Belastungen bringen würden.

„Die Unternehmen sind schon jetzt mit einem massiven Gegenwind konfrontiert. Neue Hürden oder Belastungen im Energiebereich würden Wohlstand untergraben und Arbeitsplätze gefährden.“

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

Notwendig sind im Kampf gegen die Krise aus Sicht der Industrie sowohl kostendämpfende Entlastungspakete als auch Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Um die Preisstabilität zu erhöhen, ist richtige Entlastung angesagt. Die Industriellenvereinigung unterstützt daher den Vorschlag zur Abschaffung der

kalten Progression. „Gerade in der aktuellen Krisensituation wäre das nicht nur eine Frage der Fairness für die arbeitenden Menschen, sondern die richtige Maßnahme zur richtigen Zeit, um die Kaufkraft der Menschen nachhaltig zu stärken“, so IV-Generalsekretär Neumayer. Zur Entlastung des Faktors Arbeit müssen auch alle Potenziale zur Senkung der Lohnnebenkosten genutzt werden.

Stopp für neue Belastungen

Generell, so Neumayer auch mit Blick auf jüngste Steuervorschläge, brauche es ein Stoppschild für alle Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene, die Unternehmen in diesen schwierigen Zeiten zusätzlich belasten würden. So warnt die Industriellenvereinigung vor Belastungen, die durch neue Gesetze drohen. In Vorbereitung ist bekanntlich das Klimaschutzgesetz, das sogar Verfassungsrang bekommen könnte. Neumayer konkretisiert: „Wenn eine CO₂-Reduktion um einen Prozentsatz in einem Verfassungsgesetz stünde, würden alle dagegen verstoßen, die das nicht erreichen.“ Was in etwa damit vergleichbar wäre, wenn man eine bestimmte Höhe für das Wirtschaftswachstum im Gesetz festlegt und dann jeder Strafe zahlen muss, der das nicht erreicht. Beim geplanten Energieeffizienzgesetz warnt die Industrie vor möglichen Strafzahlungen von bis zu 275 Mio. Euro im Jahr für Landesenergieversorger, wenn sie ihre Kunden nicht zu mehr Energieeinsparungen bringen. „Die Unternehmen sind schon jetzt mit einem massiven Gegenwind konfrontiert. Neue Hürden oder Belastungen im Energiebereich würden Wohlstand untergraben und Arbeitsplätze gefährden. Jetzt braucht es Entlastung“, resümiert der IV-Generalsekretär.

Erneuerbare ausbauen

Wichtig ist für die Industrie hingegen die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, um den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. IV-Präsident Georg Knill: „Ökostrom wächst nicht auf Bäumen. Wer das Klima schützen will, muss beim Erneuerbaren-Ausbau in die Gänge kommen.“

Klar ist für die Industrie, dass die Krisenbekämpfung auf sicheren Grundlagen erfolgen und wirksam sein muss. „Ideologie können wir uns jetzt nicht leisten. Wir haben eine völlig neue Situation bei der Energieversorgung aufgrund fundamentaler geopolitischer Entwicklungen. Bevor wir Gesetze wie Klimaschutz- und Energieeffizienzgesetz vorantreiben, müssen diese Auswirkungen vollständig geklärt sein. Sonst machen wir die Krise für alle nur noch größer. Und das kann sich der Standort Österreich nicht leisten.“



IV-KONJUNKTURUPDATE

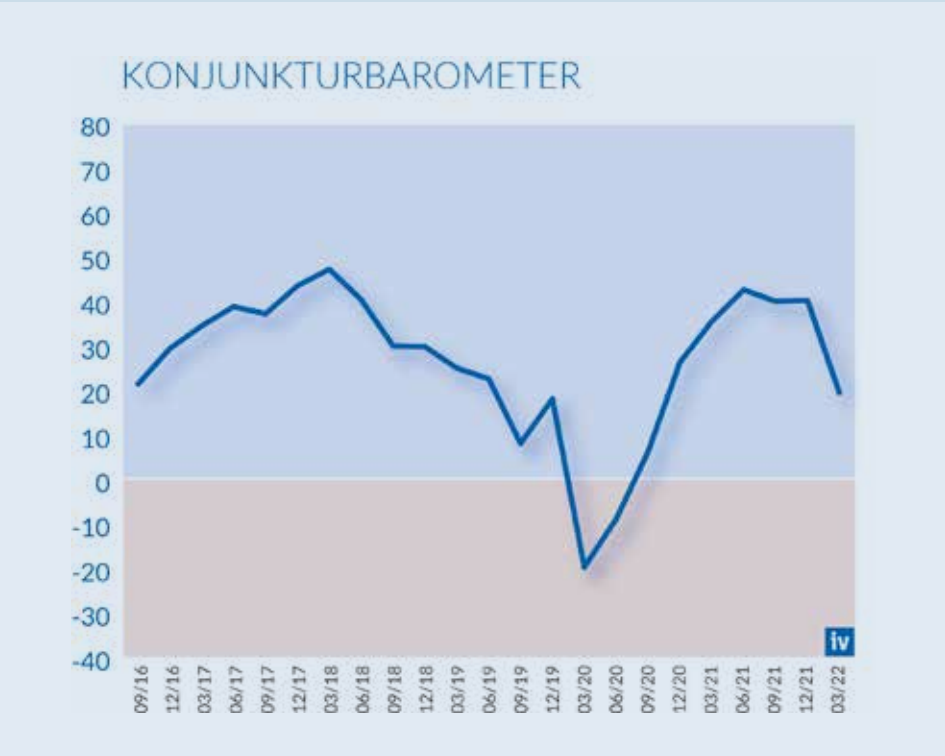
Exorbitanter Anstieg bei Rohstoff- und Energiekosten erzwingt neue Strategie der Preisgestaltung

Für IV-Chefökonom Christian Helmenstein markiert das Jahr 2022 eine ökonomische Zeitenwende, die das Resultat von drei Groß-Krisen ist: Eine Gesundheitskrise im Zuge der Pandemie, eine Sicherheitskrise durch die russische Invasion in der Ukraine sowie eine Inflationskrise mit Energiepreisen auf Rekordniveau. Vor allem letztere bereitet der Industrie große Sorge, zumal die prognostizierte Teuerung von 6,8 Prozent für 2022 laut Helmenstein „nicht das Ende der Fahnenstange“ sein werde. Eine weitere Beschleunigung erscheint wahrscheinlich:

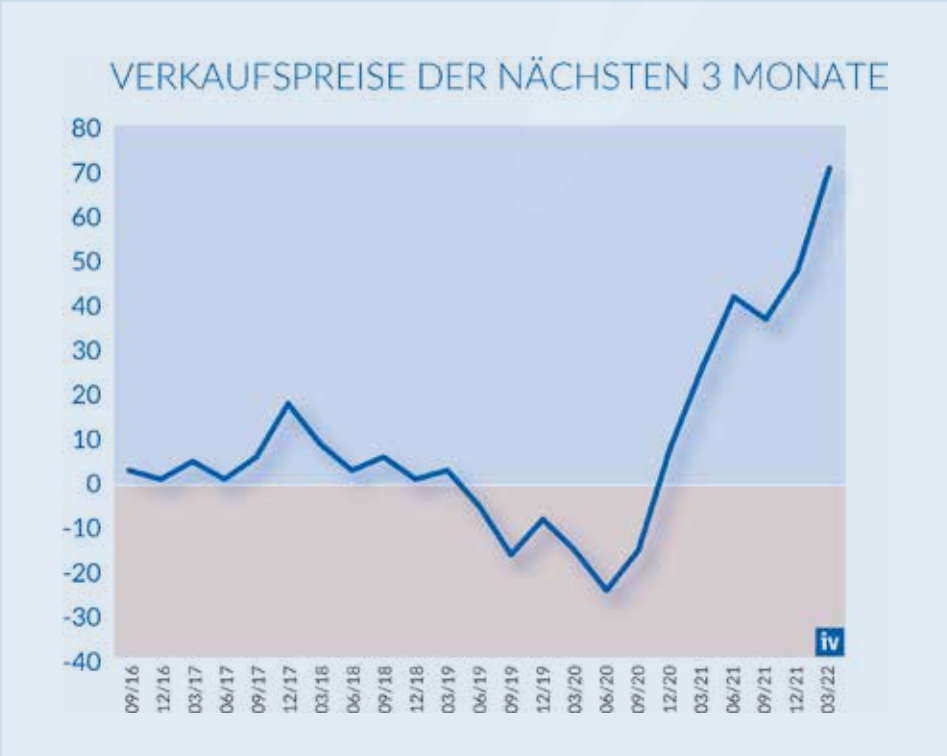
Die Großhandelspreise sind im Durchschnitt enorm stark gestiegen, die Mietpreisdynamik schlägt sich im Warenkorb angeblich sogar deflationär nieder, die nächste Ernte in der Ukraine bringt eine absehbare Verknappung von Getreide und Ölsaaten, und einzelne Industriegüter sind nicht lieferbar, sodass für sie auch kein aktueller Preis erhoben werden kann. Noch schlimmer käme es bei einem Lieferstopp für russisches Erdgas. Dabei hat der starke Preisauftrieb schon jetzt erhebliche Auswirkungen auf Indust-

riebetriebe, für die eine „grundlegend neue Strategie der Preisgestaltung“ notwendig wird. „Über Jahrzehnte hinweg haben die Unternehmen übliche Kostensteigerungen mit Produktivitätssteigerungen weitgehend erfolgreich wettzumachen versucht und auf diese Weise ihre Preise konstant halten können. Industriegüter wirkten als Inflationsbremse und Kaufkraftherhalter zum Vorteil der Konsumenten. Nun aber sind die zusätzlichen Kostenbelastungen so enorm, dass die Betriebe gezwungen sind, diese in Form von höheren Preisen weiterzugeben“,

so Helmenstein, der auf einen „historischen Superlativ“ in der aktuellen IV-Konjunkturumfrage hinweist: Bei der Teilkomponente der Verkaufspreise auf Sicht von drei Monaten erwarten knapp drei Viertel der Betriebe, dass sie die Verkaufspreise zeitnah anheben müssen. „Der außergewöhnlich hohe Wert dieses Indikators weist darauf hin, dass der zuletzt beobachtete Preisauftrieb weder ein auf wenige Warenkategorien beschränktes noch ein kurzfristig vorübergehendes Phänomen bleiben wird“, analysiert IV-Chefökonom Helmenstein.



Das IV-Konjunkturbarometer verzeichnet vor dem Hintergrund der erheblich verdüsterten Konjunkturaussichten eine Halbierung von 40,1 auf 19,4 Punkte.



Kostensteigerungen sind zu hoch, um sie über Produktivitätssteigerungen abzufedern. Knapp drei Viertel der Unternehmen rechnet mit steigenden und nur noch rund ein Viertel mit gleichbleibenden Verkaufspreisen in den nächsten drei Monaten.

„WIR WARTEN AUF DEN STARTSCHUSS“ IV-Präsident Georg Knill fordert in der Energiepolitik mehr Plan und Hausverstand.



Welche Alternativen haben wir zu russischem Gas?
Die unbequeme Wahrheit ist, dass russisches Gas derzeit alternativlos ist. Mit Sonntagsreden und Demos beheizen wir leider keine Schulen, beleuchten wir keine Geschäfte und laufen keine Maschinen in Unternehmen. Ohne Gas gibt es keinen Stahl und keine Autoproduktion mehr. Keine Papierindustrie bedeutet keine Verpackung für Lebensmittel und für Medikamente. Ohne Gas geht’s nicht.

Hätte mehr Unabhängigkeit von russischem Gas nicht einen Turboeffekt für den Klimaschutz in Österreich?
Das ist kein Automatismus, wie das manche suggerieren. Wer das Klima schützen will, muss beim Erneuerbaren-Ausbau in die Gänge kommen. Konkret: Wer von russischem Gas wekommt und

„Für diese Energiekrise brauchen wir einen Masterplan.“

gleichzeitig den Bau wichtiger Kraftwerke blockiert und verzögert, macht sich unglaublich. Fakt ist: Strom kommt nicht einfach nur aus der Steckdose. Ohne einen massiven Ausbau der Energieinfrastruktur in Österreich, mit Wasser-, Wind- und Sonnenkraftwerken sowie Leitungen bleiben die politischen Klimaziele nur ein Wunschdenken. Die Industrie steht zur Umsetzung bereit. Den angesprochenen Turboeffekt brauchen wir bei den Genehmigungsverfahren, um die notwendigen Infrastrukturprojekte nicht weiter auf

die lange Bank zu schieben. Die Industrie steht an der Startlinie und wartet auf den Startschuss zum Erneuerbaren-Ausbau.

Was erwarten Sie sich von der Klima- und Energiepolitik?
Einen klaren Plan und mehr Hausverstand. Wenn wir unabhängiger von russischem Gas werden wollen, brauchen wir einen Masterplan für strategische Energieautonomie mit konkreten und realitätsnahen Maßnahmen, die in einer angemessenen Zeit praxisnah umsetzbar sind. Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit müssen gleichermaßen berücksichtigt werden. Am Klimaziel des Green Deal halten wir als Industrie fest – aber wir brauchen ausgeglichene Rahmenbedingungen. Was wir nicht brauchen, sind ideologiegetriebene Schnellschüsse.

INTERVIEW



Ausbildungspartnerschaften als Lösung gegen den Fachkräftemangel der Zukunft

Wie können gut vorbereitete Fachkräfte für den österreichischen Arbeitsmarkt gewonnen werden? Welche Hürden zu bewältigen sind, zeigte sich bei einer IV-Kooperationsveranstaltung mit IV-Mitgliedsunternehmen.

Die Industriellenvereinigung tritt seit Langem und unabhängig von aktuellen Migrationswellen für eine vorausschauende und strategische Migrationspolitik ein. Gemeinsam mit dem International Centre for Migration Policy Development wurde bereits 2018 ein Vorschlag erarbeitet, wie eine umfassende Migrationsstrategie aussehen könnte. Ein darin enthaltener Vorschlag beschreibt den „Aufbau von Ausbildungspartnerschaften mit neuen Partnerländern“. Diese Idee entwickelte die IV vergangenes Jahr in einer Projektpartnerschaft mit einzelnen IV-Mitgliedsunternehmen, der WU Wien und der Wirtschaftskammer zu einem Konzeptpapier weiter.

Dabei agiert die Industrie keinesfalls im luftleeren Raum. Weitere Organisationen oder Institutionen verfolgen ähnliche Konzepte, beispielsweise die EU-Kommission mit den „Talent Partnerships“ im New Pact



on Migration and Asylum oder das österreichische Büro des European Migration Networks (EMN) mit einer internationalen Vergleichsstudie. Aktuell gibt es mehrere europäische Pilotprojekte und Initiativen.

Win-win-Situation für Herkunfts- und Zielland

Worum geht es? Ausbildungspartnerschaften oder ähnliche Konzepte (Globale Qualifikationspartnerschaften, Talentpartnerschaften, Mobilitätspartnerschaften etc.) bieten

die Möglichkeit, den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sowohl in den Entsende- als auch in den Zielländern von Migranten zu beheben. Die Idee ist einfach: Noch bevor es zur Migration kommt, kann das Zielland – unter starker Einbeziehung des Privatsektors – die für den eigenen Arbeitsmarkt benötigten Kompetenzen der Zuwandernden wesentlich beeinflussen. Im Gegenzug erhält das Herkunftsland Auslandsinvestitionen, Technologietransfer und auch qualifizierte Arbeitskräfte.

Klar ist, dass die Umsetzung von Ausbildungspartnerschaften kein Sprint, sondern ein Marathon ist. Denn in der Praxis sind zahlreiche Fragen zu klären, wie die Praxiserfahrungen zeigen, die zuletzt bei einer IV-Kooperationsveranstaltung und einem IV-Webinar für Mitgliedsunternehmen präsentiert wurden.

Welches Modell von Ausbildungspartnerschaften soll umgesetzt werden – eines, das auf langfristige Zuwanderung abzielt oder ein „zirkuläres“? Wie kann man der generellen Zuwanderungskepsis begegnen? Welchen Beitrag können Unternehmen leisten und welche Unterstützung brauchen sie dabei? Eine gut geplante und gestaltete Migration in den österreichischen Arbeitsmarkt fördert Wohlstand, Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Dies wird auch weiterhin die klare Botschaft der IV sein.

Gaia-X-Hub Austria stärkt Anbindung an europäische Dateninitiative

IV-AKTUELL

Neben dem Erfahrungs- und Kompetenzaustausch geht es nun um die Stärkung der Anschlussfähigkeit österreichischer Unternehmen an Gaia-X.

Ob personalisierte Werbung, intelligente Prozess- und Produktoptimierung oder servicebasierte Geschäftsmodelle – die Nutzung großer Datenmengen ist für all diese Zwecke entscheidend. Daten sind schon heute eine Schlüsselressource unserer digitalisierten Welt und bieten erhebliche Wertschöpfungspotenziale. Dieser Trend wird sich noch verstärken. Das globale Datenvolumen soll laut EU-Datenstrategie von 33 Zettabytes (Milliarden Terabytes) im Jahr 2018 auf 175 Zettabytes im Jahr 2025 anwachsen. Einen großen Anteil an diesen Daten halten aktuell amerikanische und asiatische Tech-Giganten – und genau hier setzt Gaia-X an.

Die im Jahr 2020 ins Leben gerufene Initiative zielt darauf ab, ein offenes, dezentrales Datenökosystem zu etablieren, das auf gemeinsamen europäischen Standards und Werten basiert. Datenräume in verschiedenen Domänen sollen Unternehmen und Personen ermöglichen, Daten sicher und vertrauensvoll auszutauschen. Beteiligte entscheiden dabei, was mit ihren Daten passiert sowie wo sie gespeichert werden und behalten stets die Datenhoheit.

Aus Sicht der IV ist es erfreulich, dass es im März 2022 auf Initiative des Digitalisierungsministeriums und des Energieministeriums – unter Beteiligung der

Industriellenvereinigung und weiterer Stakeholder – gelungen ist, den Gaia-X Hub Austria zu etablieren. Als dessen Koordinierungsstelle wurde das AIT Austrian Institute of Technology festgelegt. Die Ziele des Hubs sind der Erfahrungs- und Kompetenzaustausch sowie die Stärkung der Anschlussfähigkeit österreichischer Unternehmen an Gaia-X. Damit soll der Einstieg in Datenräume erleichtert werden, mit ersten Clustern rund um die Themenfelder Energie, Mobilität und Produktion. Besonderes Augenmerk liegt darauf, die Beteiligung von möglichst vielen Stakeholdern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung sicherzustellen.



KONTAKT

Für weitere Informationen und eine mögliche Beteiligung kontaktieren Sie bitte: info@gaia-x.at

Immer mehr MINT-Schulen in Österreich

Bereits 449 Schulen und Kindergärten führen die Auszeichnung MINT-Gütesiegel. Am 8. Juni werden „neue“ MINT-Bildungseinrichtungen bei der MINT-Gala prämiert.

74 Prozent der Unternehmen in Österreich haben Personalprobleme bei IT-Spezialisten, während der EU-Schnitt bei 55 Prozent liegt. Um den Mangel an Innovationsnachwuchs zu bekämpfen und der Wissenschaftsfeindlichkeit entgegenzutreten, hat die Industriellenvereinigung gemeinsam mit dem Bildungsministerium, der Wissensfabrik Österreich und der PH Wien die Initiative „MINT-Gütesiegel“ ins Leben gerufen. Dies ist ein bundesweit gültiges Qualifikationszertifikat für innovatives Lernen in Mathematik,

Informatik, Naturwissenschaften und Technik. An der bereits 6. Ausschreibungsrunde für das MINT-Qualitätszertifikat haben sich österreichweit mehr als 170 Kindergärten und Schulen beteiligt. Darunter befinden sich mehr als 100 Bildungseinrichtungen, die sich unter gehobenen Anforderungen einer Rezertifizierung stellen.

Nach Prüfung durch eine Fachjury wird die Auszeichnung am 8. Juni bei der „MINT-Gala“ im Haus der Industrie durch Bildungsminister Martin Polaschek und IV-Präsident Georg Knill an erstmalig ausgezeichnete MINT-Kindergärten und MINT-Schulen vergeben. Rezertifizierte Bildungseinrichtungen erhalten ihre MINT-Gütesiegel bei den Festveranstaltungen der IV-Landesgruppen und Bildungsdirektionen. Derzeit sind 449 Bildungseinrichtungen in ganz Österreich berechtigt, die begehrte Auszeichnung zu führen.



WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie unter: www.mintschule.at

Österreichischer Gründerpreis PHÖNIX 2021 verliehen

Im April wurden die besten Start-ups, Spin-offs, Prototypes und Female Entrepreneurs ausgezeichnet.



Der Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bildet die Basis für Innovationen und stärkt damit nachhaltig den Wirtschaftsstandort Österreich. Der Gründerpreis PHÖNIX holt innovative Start-ups und Forschungseinrichtungen vor den Vorhang. Im April wurden die besten Start-ups, Spin-offs, Prototypes und Female Entrepreneurs von Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck und Wissenschaftsminister Martin Polaschek ausgezeichnet. Der Preis wird von Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) im Auftrag des Wirtschaftsministeriums sowie des Bildungsministeriums organisiert und in Kooperation mit der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und der Industriellenvereinigung umgesetzt. Präsident Georg Knill betonte den Beitrag von Start-ups und Spin-offs aus Universitäten und

außeruniversitären Forschungseinrichtungen zur österreichischen Innovationslandschaft. Mit der FTI-Strategie 2030 möchte Österreich einer der Innovation Leader der EU werden. Zwei wichtige Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels sind die Förderung von Entrepreneurship und die Forcierung des strategischen Dialogs zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Dabei ist es essenziell, dass Forschungseinrichtungen in der Zusammenarbeit mit Start-ups und etablierten Unternehmen rascher Innovationen in marktfähige und skalierbare Produkte und Dienstleistungen umwandeln und somit zur technologischen Souveränität beitragen.

WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie unter: www.gruenderpreis-phoenix.at

Digitale Fähigkeiten als Schlüssel zum erfolgreichen Business

Digitalisierung kann nur durch digitale Kompetenz der breiten Bevölkerung aktiv und positiv gestaltet und als Wettbewerbsvorteil in Österreich genützt werden, meint gruppe1031-Vizepräsidentin Sophie Ryba.



Es geht nicht um die Fähigkeit zu programmieren, sondern um ein methodisches und basistechnisches Verständnis der wesentlichen digitalen Plattformen z.B. in den Bereichen Connectivity, Kommunikation, Automatisierung, Künstliche Intelligenz oder Robotik. Diese Plattformen und die dafür notwendigen Skills stellen den Schlüssel zu jedem erfolgreichen Business dar.

Um im internationalen digitalen Wettbewerb mitzuspielen, wird ein stärkerer Schulterschluss zwischen Bildungseinrichtungen ab der Primarstufe, Unternehmen aller Branchen und der öffentlichen

Verwaltung benötigt. Ziel muss es sein, das digitale Know-how dadurch anzuheben, Digitalisierungsprozesse zu beschleunigen und die Attraktivität unseres Landes für Talente zu steigern. Den baltischen und skandinavischen Staaten ist dies eindrucksvoll gelungen.

Die Förderung digitaler Weiterbildung im Unternehmen soll dazu führen, „Entrepreneurship“ der Mitarbeiter zu steigern, um neue Strukturen und Veränderung besser anzunehmen, sowie Transformations- und Innovationsaktivitäten von innen voranzutreiben. Der entsprechende Zeitaufwand von Weiterbildungsmaßnahmen ist gerechtfertigt, da die neu erworbenen Kompetenzen bereits mittelfristig zur unternehmerischen Weiterentwicklung und Effizienz beitragen.

Der Staat muss im Zusammenhang mit digitalen Projekten eine Vorreiterrolle übernehmen, um Experten und Innovatoren anzuziehen. Hierzu zählt der Aufbau zentraler Plattformen – z.B. im Bereich Authentifizierung oder Vernetzung mit öffentlichen Stellen – sowie digitaler Infrastruktur, wie z.B. 5G, GAIA-X und im Bereich Cybersecurity. Entsprechende Experten sollen die Herausforderungen der Unternehmen sowie der Bevölkerung in konkrete Lösungen und Services überleiten und die Realisierung steuern. Nur so können Veränderungen in den Strukturen aktiv und positiv gestaltet werden.

GRUPPE 1031
Netzwerk junger Unternehmer und Führungskräfte

Empfehlungen der gruppe1031 für digitale Bildung in den nächsten drei Jahren

- Die Industrie muss ihre Vorreiterrolle im Spitzenfeld der digitalen Aus- und Weiterbildung behaupten.
- Digitale Fähigkeiten müssen ein wesentlicher Bestandteil der unternehmerischen Tätigkeit und Förderung aller Mitarbeiter sein – nicht nur jener, die IT-Services entwickeln.
- Förderungen für Unternehmen, die in digitales Know-how investieren, müssen ausgebaut werden.
- Die Kapazitäten für digitale Innovation in Staat und Verwaltung (z.B. Bundesrechnungszentrum) müssen aufgestockt werden.

WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.gruppe1031.at



Auf der Suche nach Agilität

Politik kann keine Krisen verhindern, sie kann sie jedoch abfedern – mit Schnelligkeit.

Seit Beginn der Coronakrise hatten wir stets ein Ziel vor Augen: „zurück zur Normalität“. Rückblickend eine Normalität, in der wir damals schon auf wichtige Reformschritte gewartet haben. Zum Beispiel in den Bereichen Pensionen, Steuern oder Kapitalmarkt.

Zweieinhalb Jahre später sind wir zusätzlich mit Herausforderungen konfrontiert, die damals undenkbar waren. Lieferketten stehen teilweise nur noch auf fragilen Beinen, Europas Vulnerabilität wurde in vielen Bereichen – von Energie bis Produktion – schmerzhaft offenbart und die Preisentwicklung von Rohstoffen und Energie belastet gleichermaßen Industrie und Bevölkerung.

Ein einzelner Staat bzw. dessen Politik kann solche Strukturwandel nicht verhindern. Was Politik jedoch kann, vielmehr tun muss, ist rasch auf sich ändernde Verhältnisse reagieren und diese abfedern bzw. mit den richtigen Reformen gegensteuern. Das Schlüsselwort ist vor allem Schnelligkeit. Während das fehlende Tempo bei großen Reformen bereits vor Corona unsere Wettbewerbsfähigkeit belastet hat, lassen die aktuellen Entwicklungen keinen Spielraum mehr für langsames Handeln. Dabei gibt es „Quick wins“, die rasche Entlastung bringen und leicht umgesetzt werden können.

Der Finanzminister hat dankenswerterweise jüngst durch solche Ideen aufhorchen lassen, besonders mit der Abschaffung der kalten Progression. Ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, um die arbeitende Bevölkerung zu entlasten und die Kaufkraft wieder zu stärken. Gerade jetzt wäre aber auch die überfällige Senkung der Lohnnebenkosten als Entlastung des Faktor Arbeit entscheidend.

Man soll bekanntlich nicht zu oft in die Vergangenheit blicken. Aber hätten wir unsere Hausaufgaben vor zweieinhalb Jahren schneller umgesetzt, würden wir uns jetzt leichter tun. Zumindest lernen könnten wir daraus. Für eine neue – und hoffentlich etwas agilere – „Normalität“.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

Technik Kinderleicht: JI-Familien stellten technische Fähigkeiten unter Beweis

Technik Kinderleicht ist eine der erfolgreichsten Initiativen der Jungen Industrie. Gemeinsam mit dem Technischen Museum Wien bietet dieses Programm Kindergarten- sowie Volksschulpädagoginnen und -pädagogen Weiterbildungsmöglichkeiten in den Bereichen Naturwissenschaft und Technik. Mit diesem neu erlangten Wissen können Experimente leicht im Kindergarten und in der Volksschule durchgeführt werden, um so Kindern ab dem dritten Lebensjahr MINT-Themen näher zu bringen. Darüber hinaus werden auch Aspekte wie Problemlösungskompetenz, Erkennen von Zusammenhängen und Sprachförderung

miteinbezogen. Um einige dieser Experimente aus nächster Nähe zu bestaunen und selbst auszuprobieren, besuchten Mitglieder der JI-Wien gemeinsam mit ihren Kindern das Technische Museum Wien. Nachdem die „JI-Familien“ im Zuge einer Führung historische Objekte gepaart mit modernen Technologien bestaunen konnten, gab es danach für den „JI-Nachwuchs“ die Möglichkeit, seine technischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. So wurden unter anderem Ballons und Teebeutel steigen gelassen, Schiffe und Bürstenroboter gebaut sowie eigens zusammengestellte Miniatur-Hubschrauber und -Flugzeuge durch das Museum geflogen.



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer, Organmitglieder und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Stefan Tilsner, Marlena Mayer. Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafikdesign: des21 | Matthias Penz

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Nur Gewinner beim Fremdsprachen-Wettbewerb

Jedes Jahr stellen Wiener Schüler der AHS und BHMS ihre Sprachkenntnisse in schriftlicher und mündlicher Form unter Beweis. Die IV-Wien unterstützt diesen Wettbewerb heuer erstmals als Sponsor, die Siegerehrung fand im Haus der Industrie statt.

Die Auszeichnungen seien aber eigentlich „nur ein zusätzliches Extra – alle, die sich um das Erlernen zumindest einer Fremdsprache bemühen, sind sowieso Gewinner“, wie IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan betonte. Sprachen seien ein persönlicher Gewinn und der Schlüssel für das Verständnis fremder Kulturen. In diesem Sinne freue es ihn besonders, dass die diesjährige Preisverleihung im Haus der Industrie stattfindet, denn immerhin stamme dieses geschichts-

trächtige Gebäude noch aus Zeiten der Donaumonarchie: „Die Kommunikation über Sprachgrenzen hinweg war damals eine selbstverständliche Notwendigkeit. Die besonderen Beziehungen unseres Hauses vor allem zu unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa bestehen bis heute.“

Zudem stehe die IV auch traditionell für einen gesunden Leistungsgedanken, so Höhrhan weiter, und auch in diesem Sinne seien „Fremdsprachenkenntnisse natürlich

von Vorteil für den persönlichen Lebensweg. Am Arbeitsmarkt sind Fremdsprachenkenntnisse sicher nie ein Fehler.“ Der von der Bildungsdirektion Wien jedes Jahr organisierte Wettbewerb erfreut sich über rege Teilnahme und richtet sich an Schüler der AHS sowie BMHS. In den Fächern Englisch,

Französisch, Latein, Italienisch, Spanisch und Russisch müssen die Sprachkenntnisse in schriftlicher und mündlicher Form in unterschiedlichen Formaten und Settings unter Beweis gestellt werden. Die drei besten Teilnehmer jeder Kategorie durften sich über ein ordentliches Preisgeld freuen.



Johannes Höhrhan und Fachinspektorin Bernadette Frauscher mit den Preisträgerinnen Tina Schmid und Erya Hrubec (1. und 2. Platz, Englisch BHS)

JI-Wien führt Gespräche zum Thema Private Equity: „Do's and Don'ts“

Drei führende Experten klären die JI-Wien-Mitglieder über Chancen und Risiken im Zusammenhang mit Unternehmensinvestitionen auf.

Als Folge der langjährigen Niedrigzins-Politik und des damit verbundenen leichteren Zugangs zu Kapital hat Private Equity als Instrument für Übernahmen, anorganisches Wachstum, Innovation und Konsolidierung auch im Industriebereich in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen.

Daher lud die JI-Wien am 4. April führende Branchenexperten ins Haus der Industrie ein, um das Thema intensiver zu beleuchten. Am Podium nahmen Heinrich Gröller (Speedinvest), Christoph Kurtz (KALEA Holding), Thomas Zimpfer (B&C Industrieholding) sowie als Moderator JI-Wien-Vorstandsmitglied Maximilian Nimmervoll Platz. In einem spannenden und gut besuchten 90-Minuten-Talk berichtete der bunte Mix der Panelisten über Chancen und Herausforderungen, Erfolge und Fehler und dem Titel der Veranstaltung entsprechend: „Do's and Don'ts“ im Zusammenhang mit Investitionen in Start-ups, etablierte Industrieunternehmen oder sanierungsbedürftige Betriebe.

Trotz der unterschiedlichen Investment-Zielgruppen betonten alle drei, dass der Faktor „Team“ entscheidend für langfristiges Wachstum von Unternehmen sei und somit auch den Kern jeder Investmententscheidung darstellt.

Im Anschluss konnten die JI-Mitglieder ihre zahlreichen Fragen an die Podiumsgäste richten und in lockerer Atmosphäre den Abend ausklingen lassen.



V.l.n.r. Thomas Zimpfer (B&C Industrieholding), Heinrich Gröller (Speedinvest), Christoph Kurtz (KALEA Holding) und Maximilian Nimmervoll (JI-Wien Vorstandsmitglied)



Das Ende der österreichischen Gemütlichkeit

Seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, hat man es in Österreich verabsäumt, strukturelle Reformen voranzutreiben und – strategisch und systematisch durchdacht – den Staat für die Zukunft fit zu machen. Das Versäumte nun nachzuholen, wäre dringend geboten – und könnte für die Bundesregierung eine große Chance sein.



DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit –
via E-Mail an debatte@iv.at.

Es gab Zeiten, da mutete sich Österreich noch zu, den Staat in seinen Grundfesten zu überdenken, neu zu gestalten und im Interesse aller von Grund auf zu reformieren. Der Österreich-Konvent zur Staats- und Verwaltungsreform fand vor nunmehr 17 (!) Jahren statt. Er ist in Vergessenheit geraten. Überhaupt glänzte in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten keine Bundesregierung mit wirklichen, also systemischen und strategisch durchdachten Reformanstrengungen. Egal, ob eben bei der Staatsverwaltung, dem Föderalismus, im Gesundheitswesen, bei den Pensionen, im Bildungssystem... Die Liste ließe sich noch länger fortführen. Immer wieder gab und gibt es Aufrufe oder gar Warnungen

nationaler und internationaler Experten zu den verschiedensten Themen. Der Tenor war und ist immer derselbe: Österreich kann und muss in vielen Bereichen auf der Ausgabenseite effizienter werden, die sozialen Systeme generationengerechter sowie die Staatsfinanzen insgesamt nachhaltiger gestalten.

Passiert ist aber wenig, hie und da ein Reförmchen vielleicht. Anlassbezogen, oder vielleicht auch, weil gerade irgendein Wahlkampf war. Systematisch durchdachte Reformen waren aber nie Thema. Was man einerseits auch als positives Zeichen interpretieren könnte: Uns ging es sehr lange einfach auch sehr gut. Trotz massiver Staatsverschuldung hat etwa die wachsende österreichische Wirtschaft auch für sprudelnde Steuereinnahmen gesorgt. Warum sollte man also große Reformanstrengungen unternehmen, wenn, gemäß der typisch österreichischen Gemütlichkeit, „eh noch alles passt“? In den vergangenen Jahren begann sich aber doch bei einigen ein gewisses Unwohlsein zu regen. Versuche, ein nachhaltiges Budget vorzulegen, gar Überschüsse zu erzielen, waren ja geradezu eine radikale Abkehr von der lieb gewonnenen, österreichischen Tradition des Schuldenmachens (fröhlich befeuert von der Nullzins-Politik der EZB).

In der politischen Landschaft war aber eine gewisse Sorge durchaus spürbar – allein der Veränderungsdruck war wohl zu gering. Die Multikrisen Pandemie und ihre Folgen, grassierende Inflation sowie Krieg in der Ukraine decken nun schonungslos auf, in wie vielen Bereichen wir eigentlich dringenden Handlungsbedarf haben. Und wir müssen realisieren, dass in manchen

Politikfeldern selbst rasches Handeln wenig bringen würde, da die Grundlagen fehlen. So war an dieser Stelle zuletzt von der Energiewende die Rede – wie kann diese gelingen, wenn doch zuerst einmal die entsprechende Infrastruktur gebaut werden müsste, damit Strom aus erneuerbaren Quellen überhaupt verteilt und auch gespeichert werden kann?

In der aktuellen Situation ist es eigentlich ohne Alternative, den Blick ideologiefrei und mutig auf die vielen Baustellen in unserem Land zu richten. Die Politik wirkt bislang allerdings wie gelähmt – angesichts der Vielzahl an Herausforderungen menschlich durchaus verständlich. Dabei bietet diese Situation gerade dieser Regierung eine große Chance! Eine Bundesregierung, die in diesen wohl größten Krisen der neueren Zeit mutig und entschlossen daran geht, den Staat und seine Systeme von Grund auf neu zu denken, um den Wohlstand unserer Gesellschaft zu bewahren, wird sich mit Sicherheit viel Zustimmung seitens der Menschen erarbeiten.

Dieser Bundesregierung wird aktuell von manchen vorgeworfen, sie habe eigentlich keine wirkliche Vision mehr davon, wohin sie Österreich führen wolle. Es werde mehr schlecht als recht verwaltet, aber nicht mehr gestaltet. Es ist mit Sicherheit richtig und wichtig, dass wir (denn gefordert ist keineswegs nur die Regierung) vom Reagieren auf Krisen zum Agieren kommen müssen, zum aktiven Gestalten.

Die österreichische Gemütlichkeit auf der vielzitierten „Insel der Seligen“ geht sich nicht mehr aus, das Erwachen war unangenehm, aber auch unausweichlich. Bereits

jetzt ist klar, dass wir in den kommenden Jahren weitere weltweite Verwerfungen des globalen Wirtschaftssystems erleben werden. Es ist fraglich, ob wir unser aktuelles Wohlstandsniveau langfristig halten können.

Wann also, wenn nicht jetzt, muss die Politik sich hier als das beweisen, was sie ursprünglich auch sein sollte: als Hüterin des Gemeinwesens und Dienerin ihrer Bürger. Für Österreich bedeutet dies im Speziellen, dass wir jetzt jene Reformen nachholen werden müssen, die wir unter vielen vorangegangenen Bundesregierungen immer wieder haben liegen lassen. Gemütlich wird das sicher nicht, es könnte sogar schmerzhaft werden. Andere Länder wie etwa Schweden oder Finnland haben weitgehend solche Prozesse bereits in der Vergangenheit durchlaufen. Aber genau die Erfahrung dieser Länder zeigt auch, dass solche grundlegenden Anstrengungen, wenn sie entsprechend klug und strategisch angegangen werden, am Ende nicht nur das Land krisenresistenter, sondern auch den Standort Österreich zukunftsfit machen werden. Im Rückblick könnte diese Bundesregierung damit als jene in die Geschichte eingehen, die die österreichische Gemütlichkeit durchbrochen hat und zum Wohle aller diese historische Zeitenwende meistern konnte.

Ihr

Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien

Wiener Qualitätssiegel TOP-Lehrbetrieb

Bewerbungen sind bis 15. Juni 2022 möglich.

TOP-Lehrbetrieb ist das Qualitätssiegel für vorbildliche Ausbildungsbetriebe in Wien und wird von der Stadt Wien, IV-Wien, WK-Wien, AK-Wien und ÖGB in Kooperation mit dem Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds - waff für 4 Jahre vergeben.

Die Auszeichnung wird an Unternehmen verliehen, die eine hochqualitative Ausbildung anbieten und sich vorbildlich um ihre Lehrlinge bemühen. Hohe Ausbildungsqualität, ein klar strukturierter Ausbildungsplan und gute Kommunikation mit den Lehrlingen, der Berufsschule und den Eltern zählen daher zu den Bewertungskriterien, die erfüllt werden müssen, um das Qualitätssiegel von der Jury zu erhalten. Letztes Jahr haben sich 21 Firmen für das Qualitätssiegel beworben, von denen neun

Betriebe ausgezeichnet wurden. Aktuell dürfen somit 210 Ausbildungsstätten das Siegel führen.

Zulassungskriterien:

- Mindestens ein Lehrling in Ausbildung zum Zeitpunkt der Antragstellung
- Mindestens zwei Lehrlinge haben die Lehrabschlussprüfung positiv absolviert
- Nicht bestandene Lehrabschlussprüfungen oder vorzeitige Lösungen von Lehrverträgen stellen Ausnahmen dar und sind zu begründen
- Ausbildung entsprechend dem Berufsbild unter Berücksichtigung der dem Lehrberuf entsprechenden Ausstattung, allenfalls Ausbildungsverbund (nachweislich)
- Schriftliche Ausbildungsplanung, das gesamte Berufsbild umfassend





„Da es aber auch ein Übermorgen gibt, brauchen wir die Wissenschaft als Talenteschmiede und als Ort für radikal Neues.“

Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF) Geschäftsführer Michael Stampfer sprach mit den iv-positionen über den Forschungsstandort Wien.



Michael Stampfer,
Geschäftsführer Wiener Wissenschafts-,
Forschungs- und Technologiefonds (WWTF)

Der Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF) hat es sich zur Aufgabe gemacht, Spitzenforschung in Wien zu stärken. Laut der letzten F&E-Statistik entfallen mehr als die Hälfte der F&E-Ausgaben auf den Unternehmenssektor. Welche Förderinstrumente stellt der WWTF in diesem Zusammenhang zur Verfügung und wie kann die Wiener Industrie von den Leistungen des WWTF profitieren?

Zuerst ist die Frage zu stellen: Wohin fließen heute bei uns die im internationalen Vergleich reichlichen staatlichen Fördermittel? Es zeigt

sich, dass die Förderlandschaft im Gegensatz zu Ländern wie der Schweiz stark auf Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet ist. Da es aber auch ein Übermorgen gibt, brauchen wir die Wissenschaft als Talenteschmiede und als Ort für radikal Neues.

Die Wissenschaft bildet Top-Experten aus und schlägt die Brücke zur Verwertung. Wichtig sind die richtigen Signale bei der Finanzierung: längerfristige Investitionen, kritische Massen, kompromisslose Qualität, Offenheit für „real world problems“. Auf all das schaut der WWTF: Wir fördern Spitzenforscher oft in einem frühen Karrierestadium, bringen sie mit der Außenwelt zusammen und schärfen ihre Aufmerksamkeit für Patente, Gründungen und Kooperationen.

Thematisch fördert der WWTF Projekte aus den Bereichen „Kognitionswissenschaften“, „Life Sciences“, „Umweltsystemforschung“ und „Informations- und Kommunikationstechnologie“. Wie kam es zu dieser Auswahl und was sind die zentralen Faktoren, um in diesen Sektoren internationaler Spitzenreiter zu werden?

Life Sciences und Computerwissenschaften sind Stärken in Wien, und die wollen wir weiter stärken; auch damit die innovativen Unternehmen vor Ort ein kräftiges Gegenüber haben. Es gibt breite Calls und spezifische Ausschreibungen wie Präzisionsmedizin oder Digitaler Humanismus. Auch in der Umweltsystemforschung setzen wir Anreize, damit Disziplinen verknüpft und Stärken gebündelt werden. Die Kognitionswissenschaften

schließlich sind ein Gebiet, das in Wien einen Aufschwung erlebt und großes Potenzial für Spillovers hat.

Wir analysieren genau, wenn wir uns einem Thema zuwenden, in der Regel mit internationalen Experten und im Dialog mit Stakeholdern, Industrie und der Stadt Wien. Wir greifen kein Thema an, das unterkritisch oder ewig in den Grundlagen zu verbleiben droht.

Der WWTF setzt durch seine Arbeit aktive Schwerpunkte mit dem Ziel, Wien bis 2030 zu einer der fünf führenden Forschungs- und Innovationsmetropolen zu machen. Welche Herausforderungen gilt es bis dahin zu bewältigen und mit welchen Städten müssen wir uns hierbei vergleichen?

Wir sind stolz, mit unserer Arbeit als privat-gemeinnützige Organisation einen Beitrag zu diesem Ziel zu leisten. Da wir als Metropole in einem globalen Wettbewerb um Talente, Ansiedlungen und Themenführerschaften stehen, ist es sinnlos, sich mit dem Durchschnitt zu vergleichen. Wir müssen die sportliche Herausforderung annehmen, nicht nur fast so gut zu sein wie München, Zürich, Kopenhagen oder Amsterdam. Das ist unser Anspruch.

Mit unseren 15-20 Mio. Euro pro Jahr helfen wir, kühne Ideen junger Forscherinnen und Forscher zu verwirklichen, Brücken zwischen Disziplinen und Themen zu schlagen und das Wiener Profil zu gestalten. Wir wollen einen Beitrag leisten, dass zukünftige Nobelpreisträgerinnen und Nobelpreisträger nicht weggehen, nachdem

sie ihre bahnbrechenden Entdeckungen gemacht haben, sondern bei uns bleiben. Der Cocktail ist nicht schwer zu mixen: Geld, Infrastruktur, Willkommenskultur, Karriere-modelle, Qualität, Schwerpunkte.

Neben den hochinnovativen produzierenden Betrieben ist eine exzellente und florierende Universitätslandschaft gepaart mit talentierten Forschern ein wesentlicher Faktor für einen erfolgreichen Forschungsstandort. An welchen Stellschrauben müsste man drehen, um die Rahmenbedingungen für universitäre Forschung in Wien weiter zu verbessern und damit noch mehr Top-Talente nach Wien zu holen?

Wir haben schon viele Zutaten zum Cocktail, aber auch noch einiges zu tun. Die Universitäten sind im internationalen Vergleich unterfinanziert, der unbedingte Wille zur Spitzenqualität sollte sich weiter auf die Rekrutierung, beim Nachwuchs und in den Karrierepfaden niederschlagen.

Der WWTF hat in Zusammenarbeit mit den Universitäten das „Vienna Research Groups“ Programm seit 2010 laufen, mit dem wir Jungstars aus aller Welt nach strenger Auswahl nach Wien holen; die Universitäten bieten dazu attraktive Karrierewege an. Einige dieser 25 Jungstars sind bereits Professoren geworden, mehrere arbeiten intensiv mit Unternehmen zusammen. Wir haben dafür eben in einer internationalen Evaluierung Bestnoten erhalten. Das Beispiel zeigt, es ist gar nicht so schwer, das Richtige zu machen. Qualität ist skalierbar.